

Terroranschlag auf israelische Botschaft: Verdächtiger in Berlin gefasst!

Bundesanwaltschaft nimmt Libyer fest, der Anschlag auf die israelische Botschaft in Berlin geplant haben soll. Sicherheit gewährleistet.

Bernau bei Berlin, Deutschland - Die Bundesanwaltschaft hat einen Verdächtigen festgenommen, der verdächtigt wird, einen Anschlag auf die israelische Botschaft in Berlin geplant zu haben. Der Mann, ein Libyer, soll Verbindungen zur Terrororganisation Islamischer Staat (IS) haben. Laut einer Sprecherin der Bundesanwaltschaft wurde der mutmaßliche Unterstützer im Umfeld von Bernau bei Berlin verhaftet. Die Festnahme erfolgte aufgrund eines konkreten Hinweises ausländischer Nachrichtendienste, was das Ausmaß der Bedrohung verdeutlicht, mit der deutsche Sicherheitsbehörden konfrontiert sind.

Nach ersten Informationen plante der Beschuldigte, die Botschaft anzugreifen, wobei noch unklar ist, ob er dabei auf Waffen oder Sprengstoff zurückgreifen wollte. In Sankt Augustin, in der Nähe von Bonn, wurde die Wohnung eines weiteren Angehörigen durchsucht, der jedoch gegenwärtig nicht verdächtigt wird, sondern als Zeuge gilt. Der besagte Onkel könnte dem Verdächtigen nach einem möglichen Anschlag zur Flucht verhelfen wollen.

Dank an die Sicherheitsbehörden

Der israelische Botschafter Ron Prosor drückte seine Dankbarkeit gegenüber den deutschen Behörden aus, da sie

offenbar schnell reagiert haben, um die Sicherheit der diplomatischen Vertretung zu gewährleisten. In seinen Äußerungen betonte Prosor die Gefahr, die für die Mitarbeiter der Botschaft besteht, insbesondere im Kontext des wachsenden Antisemitismus, der sich nicht nur in Worten, sondern auch in gewaltsamen Taten manifestiert.

Der festgenommene Libyer wird voraussichtlich am Sonntag einem Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs vorgeführt, der dann entscheiden muss, ob er in Untersuchungshaft genommen wird. In diesem Zusammenhang wies die Bundesanwaltschaft darauf hin, dass eine Vielzahl von Ermittlungsverfahren im Bereich des islamistischen Terrorismus, insbesondere nach dem Hamas-Anschlag auf Israel am 7. Oktober 2023, in Deutschland eingeleitet wurde. Generalbundesanwalt Jens Rommel identifizierte diesen als eine der größten Gefahren, mit fast 500 von über 700 Verfahren, die sich im vergangenen Jahr mit islamistischem Terrorismus beschäftigten.

Der Vorfall verdeutlicht die anhaltenden Bedrohungen in Deutschland, wo antisemitische Vorfälle nach der jüngsten Welle von Angriffen auf Israel zugenommen haben. Der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, hatte schon vor einer Absenkung der Hemmschwelle gewarnt, Gewalt gegen jüdische Menschen zu üben oder dazu aufzurufen. Die gegenwärtige Situation stellt ein ernstes Sicherheitsrisiko dar, das die Bereitschaft der Sicherheitskräfte, auf Bedrohungen zu reagieren, nur verstärkt.

Für weitere Informationen zu dieser Thematik bietet **der Bericht auf www.faz.net** umfassende Details.

Details

Ort

Bernau bei Berlin, Deutschland

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at